Preis 20 Pf.
2. Jahrgang. Nr. 48.
Herausgeber: „Sozialistischer Verlag e. G. m. b. H.“ Breslau 1, Nikolaistraße 49/50.

Erscheint jeden Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.

Preis 20 Pf.
Donnerstag, den 6. Mai 1920.
Fernsprecher: Ring 8887. — Telegr.-Adresse: Azeit-Breslau. Redaktion: Breslau 1, Nikolaistr. 49/50.

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Unabhängigen Sozialdemokraten.

Bezugspreise: Einzelnummer 20 Pf. — Durch Austräger oder durch die Post: monatlich 2,60 Mk., vierteljährlich 6,90 Mk. frei ins Haus.

Postscheckkonto: Nr. 12885 „Sozialistischer Verlag, e. G. m. b. H.“, Breslau.

Anzeigenpreise: Die 5gespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 1,25 Mk., auswärts 1,50 Mk. Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 0,60 Mk. Reklame: Die Reklamezeile dreigespalten oder deren Raum, hinter Text 4,- Mk.

Politische Uebersicht.

In Düsseldorf

ist das Reichswehr-Regiment 61 eingezogen und bleibt dort stationiert. Ebenso ist nach Kaiserswerth und Ratingen das Reichswehr-Regiment 62 verlegt worden. Das Proletariat im Westteil des dortigen Gebietes (südlich der Ruhr und östlich des Düsseldorfer Bezirks) soll auf Befehl der Reichsregierung nicht mehr von Reichswehrtruppen, sondern von der grünen Polizei gebändigt werden. Das ist ungefähr dasselbe. Die Regierung im Auftrage des Kapitals und der Generale nennt die Bändigungsaktion: Herstellung verfassungsmäßiger Zustände. Hat dieselbe Regierung schon die verfassungsmäßigen Zustände hinsichtlich der Entwaffnung der Kapp-Truppen hergestellt? Ist der Erhardt verhaftet? Sind die Baltikumer und die anderen Landsknechtbanden aufgelöst? Im Gegenteil, sie rüsten mächtig zum neuen Putsch. Aber das Proletariat wird im Namen der Verfassung gebändigt! Feine Regierung!

Zur Frage der Internationale.

In der kommunistischen Presse wird das Antwortschreiben des Exekutivkomitees der Moskauer Internationale auf den Brief unserer Partei veröffentlicht, den unser Zentralkomitee nach dem Beschluß des Leipziger Parteitages gerichtet.

Von unserem Zentralkomitee wird uns mitgeteilt, daß die leitenden Körperschaften unserer Partei kurz vor dem gegenrevolutionären Streich der Kapp-Lüttwitz beschlossen hatten, eine Kommission nach Rußland zu entsenden. Die politischen Ereignisse der letzten Zeit haben die Ausführung dieses Beschlusses leider verhindert. Aus denselben Gründen war es auch bisher unmöglich, zu dem Antwortschreiben selbst Stellung zu nehmen. Die leitenden Körperschaften (Zentralkomitee, Beirat und Kontrollkommission) werden in Kürze zusammentreten und zur Frage der Internationale erneut Stellung nehmen. Dann wird die Veröffentlichung des Schreibens und unserer Antwort erfolgen. Die vorgesehene Kommission nach Rußland wird durch den jetzt eingetretenen Wahlkampf, in dem alle unsere Kräfte gebraucht werden, erst nach dem 6. Juni ihre Reise antreten können.

Komödie.

Amtlich wird gemeldet:

Berlin. Das unter Leitung eines parlamentarischen Unterstaatssekretärs im Reichswehrministerium arbeitende Untersuchungsamt über die Märzvorgänge hat bisher 14 Fälle erledigt und dem Reichswehrminister vorgeschlagen, die Generale v. Hülsen, v. Lettow-Vorbeck, Strempel, die Obersten Frhr. v. Wangenheim, v. Tebebour, Oberstleutnant v. Klewitz und Major Mathias unter Anklage zu stellen und vom Dienst zu entheben; General von der Hardt, Oberstleutnant v. Wetzell, die Majore von Sydow und Bock zu beurlauben und gleichfalls unter Anklage zu stellen und die Fälle aus dem Gefangenenlager Chemnitz, den des Majors Wille und den des Oberstleutnants v. Fabeck wegen mangelnder Beweise niederzuschlagen.

Zweifellos wird die „Strafverfolgung“ wie das Hornberger Schießen auslaufen, denn in der kapitalistisch-militaristischen Republik Deutschland ist die Justiz der Verbündete der Generale.

Die Waffenlager der Kappisten.

Auf der Insel Rügen sind große Waffenlager entdeckt worden, die sich im Besitze der Nationalisten befanden. U. a hat man bis jetzt ca. 200 Maschinengewehre gefunden. So wie auf Rügen befinden sich natürlich überall derartige Waffendepots.

Scharfschießen im Munsterlager.

Die Baltikumer im Munsterlager lassen in ihrem Verhalten immer deutlicher erkennen, daß sie sich auf einen neuen Putsch vorbereiten. Folgende Bekanntmachung fanden wir in dem dortigen Kreisblatt:

L. 2089. Soltau, den 14. April 1920.
Betrifft: Sperrung des Truppen-Uebungsplatzes Munster.

Am 17., 20. und 21. April 1920 finden täglich von 9 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags Scharfschießübungen der Infanterie und Artillerie auf dem Uebungsplatz Munster statt. Das Betreten des Platzes während dieser Zeit ist verboten.

Der Landrat. J. V.: Harder, Kreissekretär.

Also so sieht die in Aussicht gestellte Entwaffnung der baltischen Meuterer aus. Man darf die Frage aufwerfen: wer liefert diesen Leuten die Munition, damit sie am Tage gleich acht Stunden lang Schießübungen veranstalten können?

Genosse Emanuel Wurm

einer der kenntnisreichsten Führer unserer Partei, Mitglied der Nationalversammlung und des Berliner Stadtparlaments, ist im Alter von 63 Jahren an den Folgen einer Operation gestorben. (Wir kommen auf eine eingehende Würdigung der Persönlichkeit des Verstorbenen noch zurück).

Was für Leute „Volksvertreter“ werden wollen.

Reichstagskandidaten.

Rektor Kopsch (Demokrat), übler Hindenburgianer und reaktionärer Partei-Philister.

Max Schippel (Rechtssozialist), Antisozialist, Richtung Noske-Bauer-Schmidt.

Hermann Müller (Rechtssozialist), Reichskanzler, hoffnungsloser Proletarierfeind (siehe Ruhrgebiet).

Frhr. v. Lersner (Deutsche Volkspartei), Kappist, feudaler Herr, weigerte sich s. Z. in Paris, entgegen dem Willen der Reichsregierung, die Note der Entente über die Auslieferung der Kriegsverbrecher entgegenzunehmen.

Helfferich (Deutschnationale Volkspartei), einer der Hauptkriegshetzer und Hauptkriegsverlängerer, Ludendorff-Intimus, Antisemit und „christgläubig“, der Mephisto der Reaktion.

Die Stimmzettel zur Reichstagswahl.

Nach dem neuen Reichswahlgesetz ist es nicht mehr notwendig, daß auf den Stimmzetteln die Namen der ganzen Liste enthalten sind, es genügt der erste Name einer jeden Liste, ja es soll die allgemeine Parteibezeichnung auf dem Stimmzettel genügen, vorausgesetzt natürlich, daß sie deutlich erkennbar ist. Weggefallen ist die bisherige Vorschrift, daß die Stimmzettel aus geglättetem weißem Papier bestehen müssen. So ist es möglich bei den kommenden Wahlen Stimmzettel aus Zeitungspapier zu verwenden und damit die Wahlkosten nicht unwesentlich zu verbilligen.

Valuta.

In der letzten Aprilwoche hat die feste Tendenz der deutschen Mark angehalten, eine leichte Besserung des Kurses ist zu verzeichnen. In Zürich wurde am 30. April Franks 9,80 für 100 Mark gezahlt. Dies entspricht einem Umrechnungssatze von ca 8 Pfennigen pro Mark. — Zum Vergleich sei erwähnt, daß augenblicklich für 100 österreichische Kronen Franks 2,75 gezahlt werden, während die Friedensparität ca. 103 Franks für 100 Kronen war. Die Krone wird also zurzeit — sie stand schon viel schlechter — mit dem 37. Teile ihres Nennwertes bezahlt.

Der Eisenbahnerstreik

in Frankreich nimmt gewaltig an Ausdehnung zu. Auch die Seeleute und Hafenarbeiter in den großen französischen Häfen sind in den Ausstand getreten. Ebenso ruht in einigen Bergrevieren die Arbeit. In Paris streiken die Arbeiter in den Druckereien, so daß die Zeitungen nicht erscheinen können. Die französische Regierung hat eine Anzahl radikale Führer verhaften lassen.

Ein Aufruf Sowjetrußlands.

Amsterdam. Englischen Blättern zufolge hat die Sowjetregierung einen Aufruf an die Arbeiter, Landleute und rote Soldaten gerichtet, in dem es heißt:

Sowjetrußland, welches Denikin, Koltschak und Judenitsch besiegt hat, ist imstande mit Feuer und Stahl den polnischen Panje und denen, die hinter ihm stehen, zu beweisen, daß die Zeit, wo das russische arbeitende Volk wehrlos war, zu Ende ist. Ihr könnt den polnischen Großgrundbesitzern und Kapitalisten einen solchen Schlag versetzen, daß sein Echo in den Straßen aller Hauptstädte der Erde widerhallt.

Arbeit — nicht Gefängnis!

Wie eine bolschewistische Botschaft besagt, hat das Ukrainische Volkskommissariat für Justizwesen ein Dekret an alle Gerichtshöfe erlassen, das die Verhängung von Gefängnisstrafen verbietet und an ihre Stelle den Arbeitszwang setzt. —

Das revolutionäre Proletariat im Parlament.

Von Ehrenfried Wagner (Hamburg).

Nachstehenden Aufsatz unterbreiten wir unsern Genossen als Material zur Diskussion. D. Red.

I.

Ein besonders erhebendes Gefühl ist es für das revolutionäre Proletariat nicht, sich an den Wahlen zum bürgerlichen Parlament zu beteiligen. Das Proletariat weiß, daß das Parlament nur ein Machtinstrument der Bourgeoisie ist, für deren ureigenste Zwecke konstruiert und in seinem ganzen Mechanismus so eingerichtet, daß es nur von der Bourgeoisie mit Nutzen und Vorteil gebraucht werden kann.

Da es die geschichtliche Aufgabe des Proletariats ist, den kapitalistischen Klassenstaat durch die sozialistische Gesellschaft abzulösen, hat das Proletariat kein Interesse daran, sich seine Kampfesart durch die Formen und Gesetze einer Institution vorschreiben zu lassen, die selbst ein Kampfziel darstellt für die große Offensive des Proletariats gegen den Kapitalismus.

Wenn das revolutionäre Proletariat den Parlamentarismus anwendet, so ist damit stets die Gefahr verbunden, durch Anwendung dieses Mittels mit der Idee des proletarischen Klassenkampfes in Widerspruch zu geraten.

Das Proletariat wird sich also stets bewußt bleiben müssen, daß es mit dem Parlamentarismus eine ihm seinem ganzen Wesen nach fremde Waffe in die Hand nimmt und daß es sich in diesem Augenblick in der Defensive befindet.

Bei Aufnahme der parlamentarischen Tätigkeit darf das Proletariat keinen Augenblick vergessen, daß sich die Revolution nur in einer Atempause befindet und daß die von ihm in die Parlamente Delegierten alles daran setzen müssen, vom Parlament aus die Revolution aus der Defensive wieder zur Offensive zu führen.

Gewiß, auch die alte Sozialdemokratie ist sich über den Wert des Parlamentarismus für die Sache des Proletariats nicht im unklaren gewesen. Abgesehen von demagogischen Harlekinen haben ihre ehrlichsten Vertreter stets bei einsetzenden Wahlkämpfen vor Illusionen gewarnt. Immer und immer wieder wurde auf den Parteitagen nach stattgehabten Wahlschlachten Klage erhoben, daß wieder nichts erreicht worden war. Und mochte die Sozialdemokratie noch so viel Abgeordnete in die Parlamente schicken, das positive Ergebnis wurde kein größeres. Trotz großer und größter Reformen wurde das Ziel des Proletariats auf diesem Wege nicht erreicht. Daran änderte sich auch nichts, als die Sozialdemokraten Minister, Landräte, Nachtwächter wurden. Es wurde dadurch höchstens das eine demonstriert, daß, je mehr sich die Sozialdemokratie bemühte, eine hohe Mandatszahl zu erreichen und sich ein Uebergewicht im parlamentarischen Organisationsapparat des Klassenstaates zu verschaffen, sie dadurch dem morschen Staat nur neue Stützen schafft und den Auflösungsprozeß durch solche „Ausgleiche sozialer Schwierigkeiten“ nur aufhält und verzögert. Mit Recht erklärte Singer auf dem Parteitag in Halle 1890:

„Die Sozialdemokratie, welche die jetzige Gesellschaftsordnung von Grund aus umändern will und daher eine durchaus revolutionäre Partei ist, weiß ganz genau, daß ihre Ziele nicht auf dem Wege der Arbeiterschutzgesetzgebung zu erreichen sind.“

Gleichwohl aber beteiligten sich unsere guten Sozialdemokraten mit großem Eifer an der parlamentarischen Reform- und Flickarbeit, stellten Forderungen an den „Todfeind“ und freuten sich über jede Position, die sie mit parlamentarischer Kunstfertigkeit dem Gegner glaubten abgerungen zu haben. Und gelang es ihnen nicht, den gestellten Antrag durchzubringen, so sahen sie in der vorgebrachten Entrüstung über die „gemeine Profitwut der bürgerlichen Parteien“ eine Bestätigung ihrer eigenen revolutionären Gesinnung.

Alles, was durch diese parlamentarische Tätigkeit von Sozialdemokraten erreicht wurde, war, daß bei den Massen die Illusion dauernd neue Nahrung erhielt, daß sich bei einigem Geschick und gutem Willen der einzelnen Parlamentarier doch etwas für das Proletariat „herausholen“ ließe.

Die auch von Sozialdemokraten in Staats- und Gemeindeparlamenten mit gewichtigem Eifer betriebene Reform- und Verbesserungsarbeit war im höchsten Grade geeignet, die Klassengegensätze zwischen Proletariat und Bourgeoisie

zu verwischen, und gerade durch diese „positiv" sein wollende Tätigkeit sozialdemokratischer Parlamentarier wurde der konterrevolutionäre Charakter der Parlamente, dieser bürgerlichen Herrschaftsinstrumente, verdeckt anstatt aufgedeckt.

Das Proletariat wurde getäuscht und lernte nicht erkennen, daß alle im Parlament errungenen „Erfolge" des Proletariats in Wahrheit nur Gewinne der bürgerlichen Klasse bedeuten.

Es genügt nicht, auf die Bedeutungslosigkeit der parlamentarischen Tätigkeit im Endkampf zwischen Kapital und Arbeit hinzuweisen, wenn die Sozialdemokraten nicht im Parlament den Prinzipien des Klassenkampfes gemäß auch handeln. Mit Gesetzesvorschlägen, die auf das im Rahmen des kapitalistischen Klassenstaates „praktisch Mögliche" zugeschnitten sind, tut man das gewiß nicht und hilft höchstens der Bourgeoisie, sich noch eine Zeit länger am Leben zu halten.

Die Bourgeoisie wird gerade durch solche von Sozialdemokraten eingebrachte Verbesserungsvorschläge gestärkt und sie als Beweise benutzen, daß dieser Staat durchaus nicht eine Einrichtung zur Unterdrückung der proletarischen Klasse ist, sondern sich sehr wohl in seinem Rahmen auch Vorteile für die Arbeiter „verankern" lassen.

Eine derartige „praktische Mitarbeit" in den Parlamenten ist ein klassenkampfschädlicher und revolutionsfeindlicher Opportunismus. Durch eine derart ausgeübte parlamentarische Tätigkeit tritt eine Versumpfung der Partei ein und die „revolutionäre Sozialdemokratie" wird zu einer reinen Possibilistenpartei. (Fortsetzung folgt.)

Diktatur des Proletariats.

Von J. Eisenberger.

(Fortsetzung.)

Der unerbittlichste Gegner der sozialistischen Demokratie ist der enteignete Kapitalist, der sich mit der Enteignung nicht abfinden und nichts unterlassen wird, um die Rückkehr zur alten Gesellschaft der Herren und Knechte zu erwirken. Gegen ihn gilt es unnachsichtlich einzuschreiten, um seine gegenrevolutionären Absichten zu durchkreuzen. Damit fällt aber die sozialistische Demokratie in sich zusammen, deren Bestehen die absolute Einigkeit aller Mitglieder des Gemeinwesens über die eingeschlagene Staatsform zur Voraussetzung hat. Darüber sind wir uns klar, genau so wie über das andere Uebel, daß mit der Sozialisierung der Produktionsmittel noch nicht sofort jene materielle Auszehrung, jener unter dem Kapitalismus während des Krieges und vorher erreichte Tiefstand der Wirtschaft überwunden ist, der die Bedürftigen und Hungernden für Geld und schöne Worte der Gegenrevolution nur zu leicht in die Arme treibt. Es wird daher den Anhängern des kapitalistischen Systems nicht allzu schwer fallen, Paßgänger für ihre Idee zu ködern, um so mehr, als versteckte, der Sozialisierung hinterzogene Kapitalien in ausländischer Währung mehr als reichlich fließen werden. Hiergegen Front zu machen und diese schädlichen Ausflüsse auszumerzen, ist das Gebot der Selbsterhaltung der sozialistischen Gesellschaft. Sie darf nicht zögern, ihren Willen allen Widerspenstigen aufzuzwingen, um die Allgemeinheit vor reaktionären Vorstößen zu bewahren; dadurch tritt sie in das Stadium der Diktatur.

Ein Rückfall in die Kapitalsherrschaft ist der Todfeind des Sozialismus, der ganz besonders unmittelbar nach seiner Geburt stark auf der Hut sein muß, um das Unkraut kapitalistischer Wucherungen auszujäten. Wenn erst die Entwaffnung der Bourgeoisie und die Organisation einer Volksarmee vollendet ist, dann erstehen ihm Garantien eines verlässigen Rückhalts gegen jedwede Ueberfälle; bis dahin jedoch befindet sich die sozialistische Republik in ständiger, innerhalb ihrer eignen Mauern lauernden Todesgefahr.

Wie die Gesellschaft, die während der Diktatur des Proletariats dem Sozialismus einzuführen bestimmt ist, beschaffen sein wird, schildert treffend der Ausspruch Marxs: „Womit wir es hier zu tun haben, ist eine kommunistische Gesellschaft, nicht wie sie sich auf ihrer eigenen Grundlage entwickelt hat, sondern umgekehrt, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft hervorgeht, die also in jeder Beziehung, ökonomisch, sittlich, geistig noch behaftet ist mit den Muttermalen der eigenen Gesellschaft, aus deren Schoß sie herkommt".

Marx selbst hat demnach den Standpunkt eingenommen — und daran möchten sich alle Verdreher des sozialistischen Gedankens endlich erwärmen —, daß der Uebergang zur kommunistischen Gesellschaft eintreten wird, noch bevor ein prinzipienreines sozialistisches Denken in den Gehirnen der Menschen Platz gegriffen hat. Um ganz eindeutig zu sein: Ein primitives sozialistisches Wollen muß allerdings vorausgehen, denn sonst würde ja der Sturz der kapitalistischen Ordnung unterbleiben. Dieses Wollen ist aber noch ziemlich gefangen in egoistischen Anschauungen; es ist gerade stark genug, um den Wechsel in der politischen Gewalt zu vollziehen, vermag aber, besonders infolge der empfindlichen Armut der einzelnen, sich noch nicht mit der erforderlichen eisernen Konsequenz von jenen selbstsüchtigen Sünden loszumachen, die den eigenen Leib vor das Wohlergehen der Mitmenschen zu setzen pflegen. Die Menschen werden durch die plötzliche Wandlung zur sozialistischen Betriebsweise noch nicht besser; die alten Instinkte schlummern noch immer in ihnen. Durch die Verjagung des Privatkapitalismus wird jedoch die Ausbeutung weit in die Vergangenheit zurückgestoßen und Gleichheit unter die Menschen getragen. Sache der Gesellschaft ist es deshalb, sich bei der Umformung der Produktion sowie Verwaltung der Verteilung des Arbeitsertrages von sozialistischen Prinzipien leiten zu lassen. Die menschliche Schwäche wird oft genug noch in Versuchung geraten, ihrem Hang, den andern übers Ohr zu hauen, zu frönen, namentlich wenn sie es ungestraft tun zu können glaubt. Seitens der proletarischen Regierung ist daher mit unermüdlichem Eifer darauf zu sehen, durch die weitgehendste Kontrolle und Oeffentlichkeit der behördlichen Handlungen ein unlauteres Vorgehen von vornherein zu verhindern; andererseits kann eine prompte Aufdeckung und scharfe Ahndung der begangenen Unredlichkeit ihre Wiederholung abstellen.

Entschieden verhängnisvoll wäre es, dem Glauben zu huldigen, daß die sozialistische Gesellschaft in der geschilderten Verfassung ohne Kontrolle auszukommen vermöchte. Eben weil wir überzeugt sind, daß die Laster der gestrigen Weltordnung der Mitwelt noch lange hartnäckig anheften werden, weil wir einsehen, daß dies gar nicht anders sein kann, deshalb fordern wir eine fortwährende Kontrolle der an verantwortlichen Stellen befindlichen Vertreter der sozialistischen Regierung. Jede unehrliche Verfehlung seitens eines der Volksbeauftragten wird uns hinreichende Veranlassung bieten, um ihn unverzüglich seines Postens zu entheben, so daß die auf diese Art verbürgte Beweglichkeit des Verwaltungsapparates das hervorragendste Kennzeichen der sozialistischen Neuordnung darstellt, die jede verbrecherische Gesinnung befehdet. (Schluß folgt.)

Aus der Internationale.

Ein Aufruf an die Soldaten.

Wir geben im folgenden den Artikel des französischen Genossen Vaillant-Courturier wieder, weswegen im Parlament der Antrag auf Aufhebung der Immunität des Verfassers gestellt wurde. Bekanntlich haben sich dann, um diesen Streich abzuwehren, sämtliche Mitglieder der sozialistischen Kammerfraktion Frankreichs mit Vaillant-Courturier solidarisch erklärt.

Es handelt sich um einen Aufruf an die Soldaten, der an Meutereien anknüpft, die unter der Jahresklasse 1918 an verschiedenen Orten ausgebrochen sind.

Die Vorgänge, die sich soeben in Versailles abgespielt haben, stehen nicht vereinzelt da. Von allen Seiten kommen Nachrichten über die Mißstimmung der Soldaten der Klasse 1918. Das geschieht genau in dem Augenblick, wo die kapitalistische Diktatur sich anschickt, die Truppen im Innern zu der Aufrechterhaltung der Unordnung aufzurufen, die sie noch am Leben erhält. Am Vorabend des 1. Mai bekunden die kriegerischsten und am längsten disziplinierten Elemente der gegenwärtigen Armee ihren Zorn und verlangen, in ihre Heimat zurückgeschickt zu werden. . . .

Sie gehörten dem letzten Nachschub an. Sie haben das Furchtbare kennen gelernt und sie wissen in ihren Entschlüssen energisch zu sein. Sie bilden jene untergeordneten Kadres der Korporäle und Unteroffiziere, deren Bedeutung schwer ins Gewicht fällt, weil ihr Dasein unmittelbar verknüpft ist mit dem der Soldaten und weil sie die Aufgabe haben, die jungen Rekruten zu erziehen.

Ihr müßt wissen, ihr jungen Kameraden, die ihr soeben eingestellt seid, die ihr in dem üblichen Rausch ausrücktet, begleitet von lärmenden Freunden, einer Trompete, einer Fahne, und gefolgt von halbwüchsigen Burschen — einem Aufzug, der ein lächerliches Abbild der Züge anderer Enthusiasten im August 1914 darstellte — ihr müßt wissen, und zwar genau wissen, für welche Zwecke man euch bestimmt.

Zu allererst seid ihr bestimmt, die Saat des Krieges zu säen. Die Mordtaten von Frankfurt und die Besetzung der neutralen Zone haben mehr für die Sache der deutschen Revanche getan, als eine zwanzigjährige politische Aktion der wirklichen Alldeutschen. Es ist eine Regierung des Verrates, die in der gegenwärtigen Stunde unter dem Vorwand, einem totgeborenen Vertrag zum Respekt zu verhelfen, die pazifistische Revolution in Deutschland zerschmettern will und den deutschen Militarismus stärkt, indem sie sich den Anschein gibt, ihn zu bekämpfen.

Das sind altbekannte Tatsachen, die man nicht müde werden darf zu wiederholen.

Jede neue Quälerei, die man dem deutschen Volke antut ist ein Sieg, den der Marschall Foch über Frankreich davonträgt.

Ihr sollt den Haß und den neuen Krieg großzüchten!

Das Streben der deutschen Massen nach dem Frieden und nach der sozialen Republik war stark. Die Blumen des Friedens begannen in ihrem Garten zu blühen. Ihr seid es, die unser Generalstab damit beauftragt, dieses Unkraut auszurotten. Ihr Soldaten der Besatzungsarmee sollt die Saat der Bajonette säen und ihre Ernte überwachen.

Und ihr Soldaten der ausländischen Expeditionen, die ihr mehr als 200 000 Mann ausmacht, die ihr bewaffnet seid von der Gegenrevolution und der Raubsucht, bewaffnet für Kreuzzüge, die ein herrschsüchtiger Vatikan gefordert hat, ihr traurigen Schlächter und Opfer von Marokko, Silizien und Syrien, ihr müßt wissen, in welche Raubkriege und Unterdrückungsfeldzüge euch das ehrgeizige Streben des französischen Militarismus, der Finanzen und des Klerikalismus treibt.

Und endlich ihr, ihr Truppen der Hauptstadt, ihr Reiter und ihr Tankschützen, von denen Binet-Valmer, der heute die Versöhnung aller Franzosen predigt, gestern sagte, daß sie immer die Herren der Straßen sein würden, ihr müßt das Geschäft kennen, für das man euch verwenden will.

Ihr bleibt Seite an Seite mit den farbigen Truppen die einzige Hoffnung einer Bourgeoisie, die die Flut der revolutionären Wahrheit anwachsen sieht. Sie rechnet auf eure Jugend und auf eure Dienstbereitschaft. Sie, die unfähig ist, sich an der Macht zu halten, und Frankreich durch ungeheure Politik zu retten, wird euch befehlen, eure Gewehre zu laden und zu schießen. Das größte und niederträchtigste Geheimnis ihres Widerstandes gegen die Entwaffnung wird hier offenbar.

Die Herrscher, die ihr Ende herannahen sehen, wollen ihr Leichenbegängnis immer mit Blutopfern ausgeben. Kameraden, es handelt sich nicht einfach darum, euch in der Stunde dieses Leichenbegängnisses zur Meuterei aufzufordern, es kommt darauf an, daß ihr begreift, wo das Interesse eines Landes ist, das ihr liebt. Es handelt sich darum, zu wissen, ob ihr wollt, daß eure Vaterland euch wirklich gehört, ob ihr wollt, daß eure Arbeit euch gehört, ob ihr wollt, daß der Friede und die Entwaffnung der Herzen der ganzen Welt Wirklichkeit werde, ob ihr wollt, daß nicht mehr das Bruderblut der Bauern und Arbeiter zur Befriedigung derer fließe, die aus dem Tod ihren Gewinn ziehen!

Die Haltung eurer Kameraden aus der Klasse 1918 ist eine große Lehre. In den Monaten, die bevorstehen, müßt ihr auf die Weisungen merken, die euch gegeben sind. Ihr werdet euch erinnern, daß im vergangenen Jahre am 1. Mai, als die Fäuste, die Knüttel und die Säbel der Pariser Polizei die sozialistische Masse auf die Linie der Infanteristen zurückdrängten, die mit aufgepflanztem Seitengewehr und schußbereit auf dem Madeleine-Platz standen, die Reihen der bleichen Soldaten sich vor den roten Fahnen öffneten und die Gewehre ihnen von selbst aus der Hand sanken. . .

Die Kulturarbeit der Sowjetmacht.

Moskau. Der Bericht der Ernährungssektion von Moskau, der auf der letzten Sitzung des Moskauer Sowjets erstattet wurde, zeigt, daß die Hauptanstrengungen der Sektion sich auf die Ernährung der Kinder richteten. Es gibt in Moskau 21 000 Kinder bis zu einem Jahre, 110 000 Kinder von einem bis zu fünf Jahren, 245 000 Kinder von fünf bis zu sechzehn Jahren. Die Kinder unter einem Jahre werden durch Säuglingsküchen verpflegt, in denen die sterilisierte Milch hergestellt wird. Für die Kinder im schulpflichtigen Alter sind 116 Speiseanstalten, für die noch nicht schulpflichtigen Kinder 11 Speiseanstalten, in den Schulen selbst 171 Küchen und Speiseanstalten eingerichtet worden. 35 000 Kinder werden in den Institutionen des öffentlichen Unterrichts und der sozialen Fürsorge gespeist.

Der Teil der Bevölkerung Moskaus, der durch die Konsumgenossenschaften verpflegt wird, beläuft sich gegenwärtig auf 1 508 131 Personen.

Republik Deutschland

Sie wittern Morgenluft.

Als im November 1918 nach dem militärischen Zusammenbruch die Arbeiterschaft Deutschlands die politische Macht an sich genommen, ging mit einem Mal ein „demokratischer Ruck" durch die Parteien und Politiker. Jetzt, nachdem ihnen wieder durch rechtssozialistische Regierungskunst das Heft fester in die Hände gespielt worden ist, wagen sie sich ungeniert heraus. In den ersten Monaten der Revolution versicherten die Demokraten und die, die sich Demokraten nannten, ohne es zu sein, die bisherige Wirtschaft könne nicht weitergeführt werden. Es sei unerläßlich, die kapitalistisch monopolisierten Produktionsstätten und Industriezweige zu sozialisieren. Ob es ihnen ernst war mit dieser Versicherung, war von vornherein zweifelhaft. Jedenfalls sind sie in demselben Tempo zur uneingeschränkten Kapitalmagnatenherrschaft zurückgeeilt, als sich die Rechtssozialisten als getreue Fridoline kapitalistisch-„demokratischer" Grundsätze erwiesen. Jetzt erleben wir, daß trotz der Handlung der Demokraten in ausgesprochen reaktionärem Sinne weite Kreise in das noch reaktionärere Lager der nationalistischen Parteien abschwenken, weil die „Demokraten" ihnen noch immer nicht reaktionär genug sind. Wiemer und Mugdan, ein paar „liberale" Größen am politischen Himmel Deutschlands, haben nunmehr neben einer Anzahl weniger bekannter Koryphäen ihren Uebertritt zur Deutschen Volkspartei, zur Partei der Stresemann und Heinze erklärt.

Der Ruck gewisser Kreise nach rechts konnte seit langem wahrgenommen werden. Die Herrschaften wittern Morgenluft. Sie glauben aus dem Chaos der deutschen Wirtschaft und Politik ein Sprungbrett zum Himmel der alten Machtherrlichkeit gewinnen zu können. Aber sie haben, wie schon öfter in der letzten Zeit, auch diese Rechnung ohne die Arbeiterschaft gemacht. Während die Parteien des früheren Machtregimes von Tag zu Tag frecher ihr Haupt erheben, erkennen die Arbeiter in immer größeren Massen, daß nur eine konsequent revolutionäre Politik dem werktätigen Volke Rettung und Erlösung bringen kann. Auch die Arbeiterschaft rüstet eifriger denn je zum Entscheidungskampf. Er darf und wird nicht zugunsten der Reaktion ausfallen.

Der Außenminister Dr. Köster.

„Der Außenminister soll durch seine Persönlichkeit und Politik Vertrauen im Ausland erwerben, und dazu scheint mir Dr. Köster geeignet". Also sprach am 21. April in der Nationalversammlung der Reichskanzler Müller.

Nun: am 27. September 1914 besuchten zwei Führer der deutschen Sozialdemokratie das Volkshaus in Brüssel. Die belgischen Sozialisten schlugen ihnen eine gemeinschaftliche Untersuchung über den den Belgiern zur Last gelegten Franktireur-Krieg vor. Die Aufforderung wurde nicht angenommen. Die beiden deutschen Abgeordneten waren — Dr. A. Köster und Gustav Noske. In ihrem Buche „Kriegsfahrten durch Belgien und Nordfrankreich 1914" wird der Besuch im Brüsseler Volkshause schamhaft verschwiegen.

Darf man da annehmen, daß der neue deutsche Außenminister, der 1914 von Verständigung und Aussprache nichts wissen wollte, jetzt in Belgien und Frankreich besonderes Vertrauen genießt?

Der Gothaer Staatsstreich.

Der von der Reichsregierung nach dem verfassungswidrigen Einmarsch der Reichswehr in Gotha eingesetzte Kommissar Holle hat die Gothaische Landesversammlung auf Betreiben der bürgerlichen Parteien — die U. S. P. D. hatte in ihr die Mehrheit — durch Verordnung aufgelöst und Neuwahlen zum 30. Mai ausgeschrieben. Eine tolle Komödie ist noch nicht erlebt worden: der neugewählte Landtag wäre spätestens am 20. Juni sich abermals auflösen müssen, da an diesem Tage die Wahlen zum Landtage des neuen Staats Thüringen stattfinden, dem auch Gotha angehört!

Achtung! **Achtung!**

Hand- und Kopfarbeiter.

Sonnabend, den 8. Mai, spricht **Genosse Dr. Moses,** Mitglied des Parteivorstandes, im

Kronprinzen, Westendstraße 50/52

über **„Die Reichstagswahlen und die U. S. P. D.“**

Erscheint in Massen!! **Erscheint in Massen!!**

Aus der Provinz.

Görlitz.

Wir lesen folgendes Inserat:

„Deutscher Herold“. An die Leser der „Deutschen Zeitung“ in Görlitz und Umgegend. Als Landarbeiter bitte ich alle Leser unserer „Deutschen Zeitung“, hat denn in Görlitz niemand soviel Zeit, soviel Interesse, soviele Mittel, daß er alle Gesinnungsfreunde einmal zusammenrufen kann, damit wir uns alle zu einem engeren Kreis zusammenschließen können, wir wollen uns doch gegenseitig kennen lernen, wir wollen doch die deutsche, die nationale Gesinnung wahren, pflegen und verbreiten helfen; gerade in Görlitz, wo die demokratische Seuche solche höchst ungesunden Verhältnisse zeitigt, tut eine engere Zusammenschließung, ein sich gegenseitiges Kennenlernen — bitter not. Mit deutschem Gruß Bruno Neumann, Kunnerwitz b. Görlitz.“

Wir wissen nicht, ob der Bruno Neumann tatsächlich Landarbeiter ist, wie er angibt. Sollte es aber der Fall sein, dann ist er ein Verräter an seiner Klasse. Gerade die deutschnationale Volkspartei, für die er wirbt, ist der Todfeind des Proletariats und vor allen Dingen des Landarbeiters. Den Landarbeiter mehr und mehr für den Sozialismus zu gewinnen, muß die Aufgabe der unabhängig-sozialistischen Partei sein.

Auch in Ober- und Niederschlesien

sind die Bankbeamten in Streik getreten.

Einigung des Proletariats.

Schwarzwaldau Kr. Landeshut. Die hiesige Ortsgruppe der S. P. D. ist in ihrer Gesamtheit zur U. S. P. D. übergetreten. Der Einigungsprozeß in Schlesien macht gute Fortschritte.

Maifeier in Festenberg.

Dem Rufe der U. S. P. D. folgend, versammelte sich am Morgen des 1. Mai die Arbeiterschaft Festenbergs vor dem Gasthaus von Heilmann. Es verdient, festgehalten zu werden, daß der Vorsitzende des Holzarbeiterverbandes, „Genosse“ Schmiedeck, Mitglied der rechtssozialistischen Partei, trotz einstimmigem Beschluß des Verbandes, am Tage der Maifeier nicht zu arbeiten, als einziger seines Verbandes an diesem Tage zur Arbeit ging. Auch ein würdiger Schaukelsozialist.

Vor dem Lokal hielt Genosse Kassanke eine kurze Ansprache, in der er auf die Bedeutung des Tages für die Arbeiterschaft hinwies. Dann bewegte sich der Zug durch die Stadt nach der Hochburg des Deutschnationalen Goschütz, wo Genosse Kassanke die Festrede hielt. Nach kurzem Aufenthalt in Goschütz marschierte der Zug mit Gesang nach der Stadt Festenberg zurück.

Abends fand ein frohes Beisammensein statt. Zahlreiche Uebertritte und Neuaufnahmen sowie 40 Bestellungen auf die „Schles. Arb.-Ztg.“ waren das praktische Ergebnis des Tages.

Maifeier im oberen Waldenburger Revier.

Zu einer gewaltigen Kundgebung des revolutionären Proletariats gestaltete sich die Maifeier in Gottesberg.

Von allen Seiten rückten die einzelnen Ortsgruppen der beiden sozialdemokratischen Parteien mit klingendem Spiel und wehenden Fahnen in die Stadt ein, deren Häuser im Schmuck von frischem Grün und roten Fahnen prangten.

Schon beim Aufmarsch zeigte sich, daß die U. S. P. D. im oberen Revier endgültig die Oberhand gewonnen hat. So marschierte z. B. die U. S. P. D. Altlässig mit weit über 400 Mann an, während die „Mehrheit“ kaum 50 verschüchterte Küchlein hinter ihrer Fahne vereinte. Aehnlich sah es bei den heranrückenden Massen aus Fellhammer, Ober-Hermsdorf usw. aus, während aus Rothenbach überhaupt kein „Mehrheitler“ erscheinen konnte, da alle Mann geschlossen zur U. S. P. D. übergetreten sind.

Vor dem „Schützenhause“ waren zwei Tribünen errichtet; von der einen hielt Genosse Gruschwitz seine Maiansprache, in der er den ersten Mai als Tag der proletarischen Internationale würdigte.

Der Abmarsch zeigte den vollständigen Zusammenbruch der S. P. D. Wohl 15000 Mann folgten den Fahnen und den vier Kapellen der U. S. P. D., während der Landtagsabgeordnete Thiele (Rechtssoz.) kaum 3000 Mann noch einmal auf dem Marktplatz von Gottesberg um sich versammelt hielt.

Das obere Revier ist in den Händen der U. S. P. D. — das hat der 1. Mai bewiesen.

Hainau.

Unsere Ortsgruppe hat den Wahlkampf im hiesigen Kreise mit besten Erfolgen begonnen. In Kaiserswaldau sprach Genosse Homann in einer gut besuchten Versammlung über „Die politische Lage und die kommenden Wahlen.“ Die mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen erbrachten unserer Partei eine ganze Reihe neuer Mitglieder.

Am Freitag sprach Genosse Homann in einer öffentlichen Versammlung in Petersdorf, die ebenfalls gut besucht war, über dasselbe Thema. Auch hier gewannen wir sofort 20 neue Mitglieder.

Aber auch die Deutschnationalen entfalten eine sehr rege Wühlarbeit; sie versuchen natürlich alles, um wenigstens das Land für sich einzufangen. In Märzdorf, wo Genosse Homann dem deutschnationalen Referenten in etwa einstündigen Ausführungen entgegentrat, dürften jedoch die Herren gemerkt haben, daß für sie dort nichts mehr zu holen ist. Als Genosse Homann am Schluß seiner mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen den Saal verließ, folgten ihm fast alle Versammlungsbesucher nach, so daß der Deutschnationale nur noch etwa 15 Personen im Saale behielt.

Wir wollen ihnen noch manche Schlappe beibringen.

Ortsgruppe Neukirch. Donnerstag, den 6. Mai, abends 7 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei Krause in Neukirch. Erscheinen ist Pflicht! **Der Vorstand.**

Lokales.

Breslau, den 6. Mai.

Der Streik der Bankbeamten

geht weiter. Die Bankleitungen als Hüter des Finanzkapitals erlassen in den bürgerlichen Zeitungen bezahlte Mitteilungen an das Publikum (sie haben ja das Geld dazu), worin sie erstens erklären, daß sie an der Zuspitzung der Differenzen mit dem Streik als Endergebnis völlig unschuldig sind. In Wahrheit haben sie den Streik direkt provoziert. Die Bankbeamten haben wochenlang eine Toleranz und Nachgiebigkeit an den Tag gelegt, die bald nicht mehr zu überbieten war. Daß sie endlich in den Streik traten, liegt einzig und allein daran, daß die Bankleitungen sogar die behördliche Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruchs in dem Streitfall (Tarifangelegenheit) ignorierten. Sie wollten den Streik, um dann mit einer niedergekämpften Beamtenschaft machen zu können, was sie wollen. Die Bankleitungen beklagen sich in der bezahlten Pressemitteilung zweitens über den „Terror“, den die Beamten angeblich ausüben. Denken die Direktoren und ihre Kreaturen vielleicht, ein Streik sei ein Kinderfest! Es ist selbstverständlich, daß Streikposten stehen und auch, wenn es not tut, in Aktion treten müssen, selbst wenn es sich darum handelt, Direktoren den Eintritt in das Gebäude zu verwehren. Im übrigen verüben einzig und allein die Direktoren Terror, indem sie den Bankbeamten Gehälter verweigern, die sie brauchen, um nicht völlig zu verelenden; die Bankbeamten können sich wirklich kein direktoriales Luxusleben leisten. Das Geschrei über den Terror ist aber nichts weiter als der Versuch zur Aufputschung des bürgerlichen Publikums gegen die Streikenden und der Ruf nach der Polizei, um durch deren Eingreifen die Streikbewegung zu zertrümmern. Die Bankleitungen wenden sich in der bezahlten Pressemitteilung drittens an die Kreaturen unter den Bankbeamten, Streikbrecherdienste zu leisten. Hoffentlich gelingt es den Konsequenten unter den Streikenden, die Schwachen zu überzeugen, daß es glatter Verrat wäre, dem Lockruf der Direktoren zu folgen. Wir rufen der streikenden Beamtenschaft zu: **Werdet hart.** Die Sympathie der Arbeiter ist Euch gewiß!

Haushaltsplan der Stadt Breslau für 1920.

(Fortsetzung)

II.

Die Einzelpläne der allgemeinen Verwaltung stellen sich im wesentlichen als reine Ausgabeetats des Stadthaushaltes dar. Die verhältnismäßig geringen (scheinbaren) Einnahmen, wie sie sich bei den Beamtenbesoldungen, den Geschäftsunkosten und beim statistischen Amte zeigen, beruhen im wesentlichen auf der Erstattung von Kosten persönlicher und sächlicher Art, insbesondere der Bezüge für diejenigen Beamten der Zentralverwaltung, die bei verschiedenen Einzelverwaltungen (z. B. bei den gewerblichen Betrieben usw.) beschäftigt sind. Sie fließen also von der einen städtischen Tasche in die andere und kommen demnach als tatsächliche Einnahmen für den Gesamthaushalt nicht in Betracht. Eine Ausnahme bildet die Verwaltung der Standesämter. Hier ist eine, ihrem Betrage nach freilich unbedeutende, sozusagen „reine“ Einnahme aus den zur Erhebung gelangenden Gebühren zu verzeichnen. Im übrigen aber übersteigen auch bei den Standesämtern die Ausgaben die Einnahmen um ein vielfaches, erweist sich auch hier ein Zuschuß, und zwar in einem gegen das Vorjahr bedeutend vermehrten Umfange, als notwendig, wie sich das aus der nachstehenden Tabelle und den angefügten Schlußbemerkungen ergibt.

	Einnahme	Ausgabe	Zuschuß
Beamtenbesoldungen, Ruhegehälter, Witwen- u. Waisengelder und Unterstützungen . . .	1728400 M.	20312100 M.	18588700 M.
Geschäftsunkosten	217695 „	2988425 „	2770730 „
Leistungen für Staats- u. Provinzialzwecke .	3400 „	5265475 „	5262075 „
Standesämter	18940 „	273340 „	254400 „
Statistisches Amt . . .	12000 „	348540 „	336540 „

Die gegenüber dem Voranschlage des Vorjahres eingetretene Erhöhung der Zuschüsse beträgt nach dem vorläufigen Abschlusse für 1920: Bei den Beamtenbesoldungen, Ruhegehältern, Witwen- und Waisengeldern und Unterstützungen 10833775 Mk. (hierzu kommen noch rund 6000000 Mk. aus den, durch die neue Besoldungsordnung und die sonstigen Bewilligungen eingetretenen Mehraufwendungen) bei den Geschäftsunkosten 1626642 Mk. bei den Leistungen für Staats- und Provinzialzwecke 1400075 Mk. (nicht gerechnet die aus der im ersten Artikel erwähnten Neufestsetzung der Provinzialabgabe erwachsende weitere Mehrausgabe von 190000 Mk.), bei den Standesämtern 92155 Mk. und endlich bei dem statistischen Amte 163370 Mk. Es erklären sich diese Steigerungen bei den Beamtenbesoldungen usw. aus den vermehrten persönlichen Aufwendungen, bei den Geschäftsunkosten, den Standesbeamten und dem statistischen Amte teils aus denselben Ursachen, teils aus den enorm angewachsenen sächlichen Ausgaben für Papier, Druckkosten und Bürobedarf aller Art. Hierzu kommen bei dem Plane der „Geschäftsunkosten“ noch die bedeutenden Mehrforderungen des Wohnungskommissariats.

Festsetzung des Stadthaushaltsplanes für 1920.

In der Sitzung des Magistrats am 4. April wurde der Stadthaushalt für das Rechnungsjahr 1920, in der Summe der Ueberschüsse und Zuschüsse sich ausgleichend, auf 162 072 116,71 Mk. festgestellt. Hierzu wurde weiter beschlossen, bei gleichmäßiger Belastung der Realsteuern für das Jahr 1920 zu erheben:

a) Gemeindegrundsteuer 425 vom Hundert der staatlich veranlagten Grund- und Gebäudesteuer (8,056 vom Tausend des gemeinen Wertes aller Grundstücke) . . . . . rund 12 028 000 Mk.

b) Gewerbesteuer 425 v. H. der staatlich veranlagten Gewerbesteuer der Klassen I-IV rund 8 925 000 Mk.

Die Kanalgebühr wurde bei 84 940 000 Mk. Nutzungswert aller Grundstücke auf 2,186 Pf. für je 1 Mk. Nutzungswert festgesetzt. Gegen den Voranschlag für 1919 ist ein Mehrzuschuß von rund 96 833 000 Mk. erforderlich.

Eine Volksbühne in Breslau!

Uns wird geschrieben:

Die Kunst soll dem Volke gehören und nicht nur einer begünstigten Gesellschaftsklasse. Das Volk soll Teil haben an den Dichtungen der Völker, die von der Bühne wuchtiger und eindringlicher zu uns reden, als der Pfarrer auf der Kanzel. Heute ist jedoch ein einigermaßen guter Platz in einem Theater für einen Arbeiter oder Angestellten des hohen Preises wegen fast nicht mehr erschwinglich. (Jetzt sind auch wieder die Stadttheater-Eintrittspreise erhöht worden.) Gerade aber die arbeitende Bevölkerung ist es, die in ihren Mußestunden Erbauung braucht, der eine „Kunststätte ihrer Gesinnung“ ein Bedürfnis ist. Dies muß eine dringende und notwendige Frage der Breslauer Arbeiterschaft werden. Wir brauchen in heutiger Zeit ein Theater mit billigen Eintrittspreisen, das gleichzeitig ein sozialistisches Erziehungsmittel ist, und gerade eine Volksbühne (im wahrsten Sinne des Wortes) wäre es, die unserer sozialistischen Idee mit zum Siege verhelfen könnte. Wir brauchen ein Theater, das alle reaktionären Kreise streng ausschließt, ein Theater, in dem die Gesinnung unserer Genossen und Genossinnen, beziehungsweise Kollegen nicht durch hurrapatriotische Werke verpestet wird; wir brauchen eine Bühne, auf der ernste und heitere Stücke unserer Ideenwelt aufgeführt werden, die wesentlich ihren Teil beitragen zur Hebung unserer Lebensführung. Wir brauchen ein freies, unabhängiges, sozialistisches Theater, das von uns geleitet wird und das nicht dem Geschäftssinn spekulativer Unternehmer zum Opfer fällt. Dieses auf sozialer Grundlage ruhende Theater könnte bald in Breslau ins Leben gerufen werden, und zwar in der Art der freien Volksbühne in Berlin, die nach kleinen Anfängen zur Errichtung eines eigenen, prächtigen Bühnenbaues schreiten konnte.

Die Idee einiger dafür interessierter Genossen geht dahin, einen Verein „Breslauer Volksbühne“ zu gründen mit ca. 75 Pfg. Monatsbeitrag pro Kopf, wofür jedes Mitglied zwei Mal monatlich eine Zeitschrift belehrenden Inhaltes mit Hinweisen auf die betreffenden Veranstaltungen erhält und zwei Vorstellungen im Monat für je 1 Mark. Damit keine Bevorzugung, die Plätze betreffend stattfindet, könnten sie, wie es in der Berliner „freien Volksbühne“ üblich ist, an der Kasse ausgelost werden. Die Urheber dieses Gedankens haben sich mit der Idee eingehend befaßt und bitten die dafür interessierten Genossen und Genossinnen, sowie die Kollegenschaft um weitere Anregungen (nur schriftlich) und möglichst zahlreiche Einsendungen ihrer Adressen an Genossen H. Breier, hier IX, Scheitnigerstraße 23, II.

Die notleidenden Junker.

Bekanntlich kosten seit dem 3. Mai das Pfund Brot 1,20 Mark und eine Semmel (100 g Teiggewicht) 30 Pf., ein Pfund Roggenmehl 1,40 Mk. und ein Pfund Weizenmehl 1,42 Mk. Diese horrenden Preise muß das Volk zahlen, um die Geldschränke der Agrarwucherer weiter zu füllen (Prämien). Wer aber glaubt, daß die Junker nun endlich

einmal zufrieden sind, ist gewaltig im Irrtum. In der Sonntagnummer der „Schlesischen Zeitung" ist in einem Artikel unter der Ueberschrift: Die Preispolitik der Regierung" zu lesen:

„Die Regierung treibt bei den landwirtschaftlichen Produkten eine Preispolitik, die uns unbedingt zum Ruin bringen muß. Der Schlesische Landbund hat fortgesetzt auf die Unmöglichkeit hingewiesen, für die von der Regierung festgesetzten Höchstpreise produzieren zu können."

Es werden also neue „Höchst"preise gefordert. Nur die Sozialisierung der Landwirtschaft kann dieser zügellosen Profitwirtschaft das höchst notwendige Ende bereiten.

Helft den Erwerbslosen!

Zur Abstellung der Erwerbslosigkeit müssen die nachstehenden Forderungen baldigst erfüllt werden:

1. Strenge Durchführung der Demobilmachungsbestimmungen, die allenorts übertreten werden. Zu diesem Zweck Nachprüfung der Listen aller im Stadtbereich beschäftigten Arbeiter und Angestellten beiderlei Geschlechts durch den Erwerbslosenrat. Entlassung der zu Unrecht Beschäftigten.
2. Aufhören der Ueberstunden, der Sonntags- und Ueberschichten. Einführung des Zweischichtensystems.
3. Niemand darf doppeltem Beruf nachgehen, so lange ein Erwerbsloser vorhanden ist.

Arbeiter und Angestellte, übet Solidarität! Ueberschreitet den Achtstundentag in keiner Weise, denn viele Tausend Arbeitslose warten monatelang vergebens auf Beschäftigung. Oder wollt Ihr sie alle mit Gewalt den Freikorps und den weißen Garden in die Arme treiben und so zu unfreiwilligen Söldlingen des Kapitalismus machen? Soll der hilfloseste Teil der Erwerbslosen erst die Gefängnisse und Zuchthäuser füllen, wenn er heute aus Not und Verzweiflung zur Selbsthilfe greift? Meldet vielmehr jeden Fall von Uebertretung der Demobilmachungsbestimmungen dem Erwerbslosenrat im Städtischen Arbeitsamt am Sonnenplatz. Arbeiter und Angestellte besinnet Euch!

Der Rektor Anders und die Lehrerin Breitkopf

von der katholischen Volksschule 23, Alte Taschenstraße, haben eine Anzahl Kinder, die am 1. Mai die Schule nicht besuchten, da sie auf Anweisung ihrer Eltern diesen Tag festlich begehen sollten, auf Hände und Gesäß geschlagen. Bei einem Kinde haben wir die blutigen Schwielen selbst gesehen. Nach dem Erlaß des Ministers Haenisch stand es den Lehrern und Schülern frei, an diesem Tage der Schule fernzubleiben oder nicht. Die beiden Prügelpädagogen haben sich also nicht nur in schlimmster Weise brutal benommen, sondern auch noch gegen die Verfügung des Ministers gehandelt. Die Arbeiterschaft Breslaus fordert, daß gegen diese beiden Lehrpersonen, die zur Kindererziehung augenscheinlich völlig unbrauchbar sind, unverzüglich das Disziplinarverfahren bei sofortiger Beurlaubung vom Amt eröffnet wird.

Die Generalversammlung des Sozialistischen Verlages findet erst am **14. Mai** statt, da der 13. Mai gesetzlicher Feiertag ist.

Unerhört.

Wie uns mitgeteilt wird, hängt in verschiedenen Kartoffelausgabestellen, Kellern, ein Urteil über eine Geldstrafe von 30 Mk. aus, das jüngst gegen einen Arbeiter gefällt wurde, der einmal Kartoffeln gestohlen hat. Der Name des „Verbrechers" ist voll und ganz angegeben. Wir fragen: Wer hat dem Magistrat als verantwortliche Behörde das Recht gegeben, eine derartige Veröffentlichung vorzunehmen? Wir fordern: Sofortige Abstellung dieser unerhörten Methode, die natürlich nur gegen Arbeiter angewandt wird.

Die demokratische Partei

für Mittelschlesien hat, wie die „Breslauer Zeitung" meldet, folgende Kandidaten für die Reichstagswahl aufgestellt:

Georg Gothein,
Dr. Koebisch,
Eisenbahn-Obersekretär Wagner.

Von diesen drei Herren hat sich bis jetzt nur Dr. Koebisch als ehrlicher Demokrat herausgestellt. Gothein ist einer der Hauptanwälte der kapitalistischen Wirtschaftsordnung.

Ausdehnung der Linke-Hofmann-Werke.

Die Maschinenfabrik Füllner in Warmbrunn (Schles.) ist von den Linke-Hofmann-Werken angekauft worden. Geheimrat Dr. Füllner wird dem Unternehmen auch weiterhin vorstehen. Es ist beabsichtigt, ihn in den Aufsichtsrat der Linke-Hofmann-Werke zu wählen.

Der Gedanke der Arbeiterräte

macht nun auch in Breslau gute Fortschritte. Dienstag, den 4. Mai 1920, fand eine Betriebsversammlung der Firma Smoschewer in Schmiedefeld statt, in der Genosse Gruschwitz über die „Aufgaben der politischen Arbeiterräte" referierte. — Anschließend daran wurde die Wahl von zwei Arbeiterräten vorgenommen.

Wieder ist ein Stein gefügt zum Aufbau der politischen Arbeiterräte!

Oeffentliche Mieterversammlung.

Am 7. Mai, abends 7 Uhr, findet im großen Saale des Gewerkschaftshauses eine öffentliche Mieterversammlung statt, in der der Syndikus des Vereins, Herr Rechtsanwalt Simon, über das Thema „Rechtsprechung und Mieter" referieren wird. Wir beehren uns, zum Besuche der Versammlung einzuladen. Breslauer Mieterschutzverein. Geschäfts- und Auskunftsstelle: Karlstraße 7, III.

Das Brausebad 2.

Das Brausebad 2, am Berliner Platz Nr. 7, wird Montag, den 3. Mai wieder eröffnet. Es steht an Wochentagen in der Zeit von 8 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends und Sonntags von 8 bis 11 Uhr vormittags für die öffentliche Benutzung frei. Der Preis des einzelnen Bades beträgt 50 Pfennig. Viererkarten zum Preise von 2 Mk. sind bei den Bademeister und der Bademeisterin erhältlich.

Verband sozialistischer Lehrer Mittelschlesiens.

Bezirksversammlung, Mittwoch, den 26. Mai 1920, nachmittags 2 Uhr, in Breslau, Margarethenstraße 17, Gewerkschaftshaus. 1. Wie kann der sozialistische Lehrer im Religionsunterricht für das Verständnis der sozialistischen Gedankenwelt wirken? 2. Warum brauchen wir eine zwölfjährige Schulpflicht? 3. Organisationsfragen. Jedes Einzelmitglied ist stimmberechtigt. — Gäste willkommen.

Aus der Partei.

Kandidaten-Vorschläge der Ortsgruppe Breslau für die Reichstagswahl.

Am Dienstag, den 5. Mai, befaßte sich die gut besuchte Mitgliederversammlung der hiesigen Ortsgruppe der U. S. P. D. mit der Aufstellung der Kandidaten für die Reichstagswahl.

Nach einem Referat des Genossen Gruschwitz über die Frage der Wahlen, über die Voraussetzungen, die gegeben sein müßten, um als Kandidat der U. S. P. D. zu fungieren, entwickelte sich eine lebhafte Diskussion, in deren Verlauf die Meinungen über den Weg, der zum Ziele führt, teilweise heftig aufeinanderplatzten.

Die Liste der dem Bezirks-Parteitag vorzuschlagenden Kandidaten ist folgende: 1. Gruschwitz, 2. Ziegler, 3. George, 4. Wuttka, 5 Frl. Mali-Landeshut, 6. Jäschke, 7. Eckert, 8. Stöcker-Berlin, 9. Pietsch, 10. Kunik. Einige Stimmen fielen auf die Genossen Baak, Wulf-Berlin, Hellmann, Großmann, Kuhnert.

Achtung! Distrikt 6. Zu der **heute** abend 7½ Uhr, Lehmgrubenstraße 91/93, stattfindenden Distrikts-Versammlung bitte ich sämtliche Genossen zur Abrechnung zu erscheinen. **Der Distriktsführer.**

Oeffentliche Quittung.

640.30 Mk. für die Hinterbliebenen der März-Putschopfer durch Scholz und Kühndel von den Linke-Hofmann-Werken.

Sozialist. Verlag Genossenschaft m. b. H. „Breslau."

1. ordentl. Generalversammlung

am Freitag, den 14. Mai 1920, abends 7 Uhr
im kleinen Saale des
Zentral-Ballsaal, Westendstraße 50/52.

Tagesordnung:

1. Bericht des Vorstandes,
2. Bericht des Aufsichtsrates
3. Vorlegung der Bilanz,
4. Genehmigung der Bilanz,
5. Entlastung des Vorstandes,
6. Entlastung des Aufsichtsrates,
7. Ergänzungswahlen zum Vorstand,
8. Ergänzungswahlen zum Aufsichtsrat,
9. Verschiedenes.

Eintritt nur gegen den gerichtlichen Ausweis oder die Sparkarte.

Der Vorstand.
Eckert. E. Kunik.

Verantwortlich: für den gesamten Inhalt Dagobert Lubinski; für die Inserate Fritz Ulbrich; Druck: Buchdruckerei Püschel & Danigel, sämtlich in Breslau.

Stadttheater. Donnerstag 6 Uhr: Lohengrin. Freitag 7 Uhr: Madame Butterfly.

Lobe-Theater. Täglich 7½ Uhr: Taifun.

Thalia-Theater. Täglich 7½ Uhr: Anatol.

Schauspielhaus. [illegible] 21 B. 2545. Donnerstag u. tägl. 7½ Uhr: Die Frau Ministerpräsident. Freitag 7½ Uhr: Gasparone. Sonntag nachm. 3½ Uhr: Der Zigeunerbaron. Dienstag 7½ Uhr: Die [illegible].

Figaro-Theater Bischofstraße 4/5 Fernspr. Ohle 1769. Tägl. abends 7½ Uhr: Die Pfarrhauskomödie von H. Lautensack und das vollständige neue Mai-Programm.

LIEBICH-Theater Täglich 7½ Uhr: Senff — Georgi Humoristische Vorträge 5 Ballasis-Schleuderbrett-Akrobaten. Hermann Strebel Humorist und das große Mai-Programm.

Viktoria-Theater Täglich 7½ Uhr: Das Mädel aus dem Paradies.

Zeltgarten Täglich 7½ Uhr: Harry Bienenstein in Noblesse auf Plüsch. Vorher die glänzenden Spezialitäten.

Engl. u. franz. Sprachzirkel für Anfänger-, Mittel- und Oberstufe nimmt noch Teilnehmer an. Monatlich 10 Mark. Schnelle, Augustastr. 87. Anmeld. nur Nachm. 6–7 Uhr.

ZIRKUS BUSCH Täglich 8 Uhr: Ring-Kämpfe Nach d. erstklassigen Variété-Programm ringen allabendlich die größten Kanonen. Sichern Sie sich rechtzeitig Ihren Platz. VORVERKAUF: Barasch, Kilian & Co., Tauentzienplatz, Zig.-Hans Böhm, Kloster-, Ecke Feldstr., Zig.-Hans Kalnske, Friedrich-Wilhelm-Str. 8, Zirkuskasse 11—2 Uhr ab u. abends 6 Uhr.

Kranke Harnröhren-, Haut- und Geschlechtskranke behandelt mit Erfolg. Viele freiwillige Anerkennungen von ausgeheilten Patienten. Heilkundiger Fr. Joschke, Palmstr. 22, II. Tel. Ohle 1921. 9–1, 3–7, Sonntags 9–12.

Händlerpreisliste gratis P. Hallier, Nikolaistr. 16/17

TIVOLI-Lichtspiele Neudorfstr. 35 Direkt.: G. Scholz. Nur 4 Tage. Henny Porten in d. gr. Filmschauspiel Die lebende Tote in 5 Akten. Tropengift Das entsetzliche Schicksal einer weissen Frau in Zentral-Afrika mit Meg Gehrts in der Hauptrolle. 5 Akte. Nur an Wochentagen Er hat's geschafft Lustspiel in 2 Akten. Wochentg. Anf. 4 Uhr Sonntags 3 Uhr.

Ober-Bayern Gartenstr. 65 Anfang 6 Uhr Neue Kapelle Täglich Konzert Damen-Streich-Orchester Dir. P. Schultz.

Uhren kauft od. repariert Felix, Paradiesstr. 6

Café & Weindiele Groß-Breslau Tel. Ring 4021 Doppel-Konzert Tanzverführung Humor Sonntag 11–1 Uhr Matinee Eintritt frei! Königstraße 11

Schöne helle Schlafzimmer bestehend: 1 Schrank, 1 Waschkommode mit Platte und Spiegel, 2 Bettstellen mit Patentauflegematratzen und Kissen, 2 Nachttische mit Platte **Max Giesel** Brüderstr. 23.

Gummiwaren Leibbinden, Monatsbinden, Spülspritzen, Einlagen, Dauerwäsche **H. Klose,** Breslau I, Nikolaistr. 73 2. Haus vom Ringe.

Jede Frau verl. Aufklärung üb. meinen neuesten 5 mal patentiert. idealen Frauenschutz H 30 Pf. Rückporto beilegen Versandhaus Frau C. Helbing Breslau 10, Kohlenstr. 13

Zum Schuheinkauf gehen Sie in den „Warenhandel" Gneisenaustr. 4 Spezialität in Maßarbeit

Gallenstein- Nieren- und Blasenstein-Leidende, Leberleidende, wenn Sie auch bisher alles umsonst angewandt haben, bestellen sofort die seit 1911 bewährten und nur wieder unbegrenzt lieferbaren Pergallol-Tabletten (Patentamt Wz ges gesch.) à Packung 12 Mk. Zahlreiche freiwill. Dankschreib. Spezialfabrik für A. Becker, G. m. b. H. Chemisch. pharmaz. Fabrik, Niewerle (Niederlausitz).

Kabarett Kakadu Nikolaistr. 65/68. Dir.: K. Wengraf. Wochentags: Anf. 7½ Uhr. Sonnt.: Anf. 6 Uhr. Das glänzende Mai-Programm.

Deutscher Freidenker-Bund (Ortsgruppe Breslau.) Was kein Auge gesehen und kein Ohr gehört, das bietet jedem die **Große Maifeier der Gottlosen** am Sonntag, den 9. Mai im Gewerkschaftshaus Margaretenstrasse 17, bestehend in **Grossem Konzert** und künstlerischen Darbietungen allererster Kräfte. Einlass 3 Uhr. Anfang 3½ Uhr. 6 Uhr ab Tanz in beiden Sälen. Programm zum Eintritt berechtigt 1,50 M. inkl. Steuer. Um zahlreichen Besuch bittet Das Komitee.

Rein Aluminium-Kochgeschirre u. Eßbestecke liefert an Wiederverkäufer Metallwaren-Industrie **S. Friedrich Kurzbart** Breslau 13 Steinstraße 18 :: Fernsprecher Ring 2105.

Parteigenossen und Leser unserer Zeitung! beruft Euch bei allen Einkäufen auf die Schles. Arbeiter-Zeitung und kauft nur in den Geschäften, die bei uns inserieren.